Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2398&koobi...

Mailaktion zum EU-Fiskalpakt

(20.6.2012) In der Debatte um mehr direkte Demokratie sollte man nicht vergessen, dass auch der Einfluss der repräsentativen Demokratie immer mehr zurückgedrängt wird. Zum einen durch Selbstbeschneidung von Abgeordneten, die keinen Millimeter weiter denken wollen als vom Klub bzw. der der Regierung vorgegeben, zum anderen aber auch durch Veränderungen auf EU-Ebene.

Während direkt-demokratische Mittel mit Ausnahme der Petition viel an Einsatz erfordern, kann man bei Mailaktionen jederzeit ganz einfach mitmachen. Attac hat nun eine Mail an alle Abgeordneten verfasst, die man via Formular im Web unterstützen kann:

GEGEN den undemokratischen Fiskalpakt und FÜR ein solidarisches Europa

Der Fiskalpakt soll nun statt im Herbst doch schon am 4. oder 5. Juli im Parlament mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP durchgewunken werden. Das heißt es ist jetzt noch einmal besonders wichtig, ein klares Zeichen zu setzen und vor allem den Abgeordneten dieser beiden Parteien im Nationalrat Rückenwind für ihre Entscheidung GEGEN den undemokratischen Fiskalpakt / Kaputtsparpolitik und FÜR ein solidarisches Europa zu geben.

Schicke jetzt den Abgeordneten von SPÖ und ÖVP im österreichischen Nationalrat eine Mail und fordere sie auf den Fiskalpakt zu stoppen!

Und dies ist dann der Text:

Liebe Abgeordnete!

Der Fiskalpakt (Vertrag über „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion") kommt bald im Nationalrat zur Abstimmung. Dieser Vertrag stellt einen Angriff auf die Demokratie dar, ist unsozial und wird die EU weiter in die Krise treiben. Es hilft nichts, ihn mit anderen Maßnahmen zu flankieren und mit Wachstumsrhetorik schönzureden:

Es ist und bleibt der falsche Weg! Mit dem Fiskalpakt werden die Ursachen der Banken- und Wirtschaftskrise in keiner Weise gelöst und Europa wird nur weiter in die Krise schlittern.
Bitte stimmen Sie im Interesse eines demokratischen, solidarischen und zukunftsorientierten Europas gegen den Fiskalvertrag!

1.) Der Fiskalpakt ist ein Angriff auf die Demokratie

Eines der wichtigsten Rechte des Parlaments – das Haushaltsrecht – wird massiv eingeschränkt. An die Stelle von politischen Entscheidungen über Budgetprioritäten sollen automatische Kürzungsmaßnahmen und die Einflussnahme sogenannter unabhängiger Experten und der EU-Kommission treten.

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÃ¤tin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 15.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2398&koobi...

Die Macht des Parlaments als gewählte Volksvertretung wird damit drastisch beschnitten und die Bedeutung der Exekutive weiter ausgebaut. Die EU-Kommission kann künftig Ländern wie Österreich, die sich im Defizitverfahren befinden, schon bei geringen Defiziten harte Einschnitte vorschreiben. Die Prioritäten der Budgetpolitik und der Strukturreformen werden mit dem Fiskalpakt de facto nicht mehr in Österreich beschlossen, sondern unterliegen der Genehmigungspflicht (!) von Kommission und Rat.

2.) Der Fiskalpakt ist unsozial

Der Fiskalvertrag zwingt alle Länder zu einer Politik der permanenten Ausgabenkürzungen. Die Folgen sind Sozialabbau, niedrigere Löhne im öffentlichen Dienst und Privatisierungen. Die Last der Sanierung der öffentlichen Haushalte wird nur einem Teil der Gesellschaft aufgebürdet. Angeblich geht es beim Fiskalpakt darum, Defizite und Staatsschulden abzubauen. Doch die Einnahmeseite, auf der das wirkliche Problem liegt, bleibt völlig außer Acht. Hohe Einkommen und Vermögen werden weiter geschont.

Natürlich können nicht permanent Schulden gemacht werden, dass will auch ich nicht! Aber: es gibt in der EU bereits genug Regeln, dies zu verhindern. Zuletzt wurde 2011 der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft, u. a. mit saftigen Strafzahlungen, so dass die Einhaltung der Regeln besser gewährleistet ist. Dazu braucht es keinen Fiskalpakt!

3.) Der Fiskalpakt wird die wirtschaftliche Krise verschärfen

Der gleichzeitige Zwang zu Ausgabenkürzungen in allen Ländern führt zu einer Verschärfung der Krise und damit zu einem weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit und zu weiterer wirtschaftlicher Unsicherheit.

Ich fordere Sie daher dringend auf: Stimmen Sie gegen den Fiskalvertrag!

Zur Erinnerung: England und Tschechien sind auch nicht beim Fiskalpakt mit dabei.

Mit freundlichen Grüßen, (der Wähler / die Wählerin)

PS: Mit Mailaktion und Petition wird derzeit auch **die Aufnahme von Tierschutz ins Tierversuchsgesetz** gefordert, das nun aufgrund von EU-Vorgaben novelliert werden muss....

Infos:
Webseite von Attac
ESM: Appell an den Bundespräsidenten
An einen feigen Politiker
Attac (nochmals) an Fischer zu EU-Fiskalpakt
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer (einfach online unterstützen)
Gerhard Köfer, eine rote Stimme gegen den ESM
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM)
@ Demokratie und Mitbestimmung:
SPÖ und ÖVP gegen Hearing zur Vorratsdatenspeicherung
Die Koalition und das Bundesheer
SPÖ sabotiert eigene Forderungen
Volksbegehren und die Glaubwürdigkeit der SPÖ
Zum Demokratiebegehren

Â–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...
ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
Geringe Nachfrage nach einkommensabhÃ¤ngigem Kindergeld...
Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
Wollen Frauen wenig verdienen?...
Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
Unternehmerinnen in Wien...
Die Einkommenstransparenz kommt...
Was bringt die Einkommenstransparenz?...
Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
Werben für mehr Väter in Karenz...
Unternehmen und Krisenmanagement...
Eine Keule für Christine Marek!...
Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
Kampf gegen Frauenquoten...
Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
Weniger weibliche Führungskräfte...
Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
Unterwegs im Korruptionssumpf...
Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
Standard & Poor's versus EU-Staaten...
Attac zum EU-Gipfel...
Disput über den EU-Fiskalpakt...
Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
Attac zum Rating für Österreich...
Frauen wirtschaften erfolgreicher...
Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
Finanzmarktpolitik und Gender...
Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
Was Social Banking bewirken kann...
Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
Arbeitsmarkt auch für

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag
Internetclipping erstellt am 15.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2398&koobi...

****
Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir 2 „Gefällt mir"-Angaben. Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

- AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...
- Rote Karte für adidas...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- ESM ohne Durchführungsbestimmungen...
- Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
- Der große Euro-Schwindel...
- Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
- ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
- Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
- Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
- Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
- ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
- Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
- Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...
- ESM: Appell an den Bundespräsidenten...

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 15.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at